

**Antwort der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Frage der
Arbeitsgruppe Anerkennung – Gegen Genozid, für
Völkerverständigung (AGA) e.V.**

Wie wird sich die CDU/CSU dafür einsetzen, dass neben der Schoah auch der osmanische Genozid an ca. drei Millionen Christen (Armeniern, Griechen, Aramäern/Assyrern) in deutschen Schulen verpflichtend behandelt und damit auch ein Auftrag der Bundestagsresolution von 2016 erfüllt wird?

Antwort:

Die Fraktionen von CDU, CSU, SPD und Grünen brachten einen gemeinsamen Antrag zur Armenien-Frage in den Deutschen Bundestag ein, der am 2. Juni 2016 mit breiter Mehrheit beschlossen wurde. Darin wird die von der damaligen jungtürkischen Regierung begonnene planmäßige Vertreibung der Armenier sowie weiterer christlicher Volksgruppen als Völkermord eingestuft. Zugleich wird die „Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt“, bekräftigt.

Laut diesem Bundestagsbeschluss kommt der schulischen Bildung in Deutschland die Aufgabe zu, „die Aufarbeitung der Vertreibung und Vernichtung der Armenier als Teil der Aufarbeitung der Geschichte ethnischer Konflikte im 20. Jahrhundert in den Lehrplänen und -materialien aufzugreifen und nachfolgenden Generationen zu vermitteln.“

Die Zuständigkeit für die Bildungspolitik, insbesondere für die Lehr-/Bildungspläne, liegt hierzulande jedoch allein bei den Ländern. Daran halten CDU und CSU fest.